Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 6.—, Halbjährig Mk. 12.—, Ganzj. Mk. 24.—, Einzelnummer 50 Pf. — Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.

Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile 50 Pf. — Wiederhol. Rabatt. — Familien-Anz. Ermäßigung. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüd. Echo“. München, Herzog Maxstr. 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Sondernummer:
Die Gesamtorganisation der deutschen Juden

Ausgabe A | Nr. 5 / 4. Februar 1921 | 8. Jahrgang

1921 Wochenkalender 5681

	Februar	Schebat	Bemerkung
Sonntag	6	28	
Montag	7	29	י״כ קטן
Dienstag	8	30	ראש חדש
Mittwoch	9	Adar 1	ראש חדש
Donnerstag	10	2	
Freitag	11	3	
Samstag	12	4	

Das Jüdische Echo

Nummer 5 | 4. Februar 1921 | 8. Jahrgang

Die Gesamtorganisation der deutschen Juden.

In einer von 325 Vertretern von nahezu 700 jüdischen Gemeinden Deutschlands beschickten Versammlung des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes wurde am 23. Januar 1921 die Gesamtorganisation der deutschen Juden geschaffen. Damit ist ein Werk zustande gekommen, um das seit mehr als 2 Jahrzehnten gekämpft worden war. Bereits auf dem 8. Gemeindetag des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes im Jahre 1898 war die Schaffung einer Gesamtorganisation des preußischen Judentums erörtert worden. Im Verfolg dieser Erörterungen wurden dann im Auftrage des Gemeindebundes durch Rechtsanwalt Macholl in Königstein und durch Professor Dr. Rosin in Freiburg Entwürfe für eine Gesamtorganisation hergestellt. Das Zustandekommen der Organisation scheiterte aber am Widerspruch erheblicher Teile der preußischen Judenheit; insbesondere bekämpfte die Orthodoxie die geplante Zwangsorganisation, die zionistische Partei das undemokratische Wahlverfahren, die Rabbiner, die Behandlung der Kultusfragen. Der 11. Gemeindetag im Jahre 1919 lehnte die ihm vorgelegten Entwürfe ab. In ein ganz neues Stadium trat die Angelegenheit durch die Annahme der neuen Reichsverfassung vom 11. August 1919, die bekanntlich den Zusammenschluß der bestehenden Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes zu öffentlich-rechtlichen Verbänden mit Steuerrecht vorsieht. Damit war die rechtliche Grundlage für eine Organisation der gesamten jüdischen Gemeinden in Deutschland gegeben. Zunächst bildete die Frage, ob die Organisation im Anschluß an einen der bestehenden Verbände erfolgen solle (Gemeindebund, Verband der deutschen Juden), oder selbständig neben diesen begründet werden soll, den Gegenstand langwieriger Auseinandersetzungen. Schließlich setzte sich die Anschauung durch, die eine Gesamtorganisation unter Umgestaltung des bereits seit 1869 bestehenden Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes herbeizuführen wünschte. Der Verfassungsentwurf stammt von dem Syndikus des Gemeindebundes Herrn Dr. Ismar Freund in Berlin und wurde von diesem im Jahre 1919 der Öffentlichkeit übergeben. Er hat inzwischen infolge der daran geübten Kritik mancherlei Änderungen erfahren. Im ganzen hat er sich, wie die Tagung zeigte, als eine geeignete Grundlage für die neu zu schaffende Organisation erwiesen. Der Entwurf erstrebt die Umgestaltung des Gemeindebundes zu einer öffentlich-rechtlichen Gesamtorganisation des deutschen Judentums. Er ist großzügig in seiner Zwecksetzung und demokratisch hinsichtlich des Wahlverfahrens zum Bundestag. Der Verband sieht davon ab, irgend welche Zwangsrechte für sich zu beanspruchen (er könnte dies nach der Reichsverfassung auch gar nicht), und beseitigt daher von vorneherein einen großen Teil der Bedenken, die früher gegen eine Gesamtorganisation erhoben wurden. Allerdings ist die Durchführung des demokratischen Prinzips keine vollständige. Hier war der von zionistischer Seite ausgearbeitete Entwurf des Rechtsanwaltes Dr. Viktor in Wandsbeck wesentlich einheitlicher und folgerichtiger. Die zionistischen Vertreter hatten sich aber in Erkenntnis eines Zustandekommens der Sache dem Vorschlage des Bundesvorstandes angeschlossen.

Über den Verlauf der Tagung bringen wir im Nachstehenden einen ausführlichen Verhandlungsbericht. Hervorzuheben ist daraus insbesondere die Erklärung des Herrn Oberlandesgerichtsrats Dr. Neumayer-München, wonach die Bayerische Landesorganisation, die bekanntlich im April vorigen Jahres geschaffen wurde, grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, sich der Gesamtorganisation anzuschließen. Diese Erklärung erfolgte auf Grund einer bereits in der Nürnberger Tagung bei Gründung des Bayerischen Verbandes gefaßten Entschließung. Allerdings hat Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumayer mit vollem Recht das Verlangen gestellt, daß die Form des Anschlusses des Bayerischen Landesverbandes an den Reichsverband besonderer Vereinbarung vorbehalten werden muß. Es ist ihm gelungen, gegen anfänglichen Widerspruch der Berliner Leitung eine entsprechende Bestimmung in die Statuten aufnehmen zu lassen. Er konnte sich dabei darauf stützen, daß in gleicher Weise wie die Bayerische Organisation auch die Landesverbände Württemberg und Baden für eine vollkommene Zentralisation, die zugleich eine Herabdrückung der Landesverbände zu bloßen ausführenden Organen des Reichsverbandes bedeuten würde, nicht zu haben sind. Die Gesamtorganisation ist nur in der Art möglich, daß die Selbständigkeit der „Länder" im Reiche auch hinsichtlich der Organisation der jüdischen Gemeinden im erheblichen Umfang aufrecht erhalten bleibt. Die Festsetzung der Bedingungen des Anschlusses wird Sache der weiteren Verhandlungen sein und zweifellos ohne allzugroße Schwierigkeit von beiden Seiten erfolgen können. Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumayer ist es auch im wesentlichen mitzuverdanken, daß die Forderungen der jüdischen Lehrer, 2 Vertreter ihrer Organisation zum „Rat" zu entsenden, Annahme fanden.

Von besonderem Interesse sind aus den Verhandlungen für uns in Bayern vor allem die Debatten und Beschlüsse hinsichtlich des **Ausländerwahlrechts.** Mit Beschämung wird man feststellen müssen, daß man in Bayern bei Festsetzung der Gemeinde- und Verbandsstatuten sich in einer Weise engherzig und kleinlich gezeigt hat, für die die Überzahl der Gemeinden im übrigen Deutschland kein Verständnis hat. Das Statut des Reichsverbandes kennt für das aktive und passive Wahlrecht keinerlei Unterschied zwischen Ausländern und Inländern. Ein Vorstoß, der von einem Vertreter der Gemeinde Chemnitz in der Richtung einer Benachteiligung der Ausländer gemacht wurde, wurde von weitaus der großen Mehrzahl der Delegierten abgelehnt. Das Wahlrecht wurde schließlich für alle volljährigen

in Deutschland wohnhaften Juden ausschließlich von einem einjährigen Wohnen in der Wahlgemeinde abhängig gemacht. Damit hat sich der neugegründete Verband ein moralisches Übergewicht gesichert gegenüber all denjenigen, die glauben, die Interessen der jüdischen Gemeinschaft nur dadurch wahren zu können, daß sie wesentliche Teile derselben rechtlos stellen. Es ist von besonderer Bedeutung, daß der Antrag von Herrn Justizrat Dr. Blau, dem Vorsitzenden der Gemeinde Frankfurt a. M. gestellt wurde, derselben Gemeinde, die erst kürzlich mehrere Ausländer in ihre Vertretung und in ihre Vorstandschaft gewählt hat, und von der ein anderes — der zionistischen Gesinnung gleichfalls ganz unverdächtiges — Vorstandsmitglied (Justizrat Bärwald) auf der Tagung erklärte, „die Gemeinde zähle unter den Mitarbeitern zahlreiche besonders wertvolle Kräfte, die Ausländer sind."

Darauf hinzuweisen ist für uns besonders wichtig angesichts der Tatsache, daß unsere bayerischen und Münchener Liberalen gerade die Frage des Ausländerwahlrechtes zum Angelpunkt ihrer Wahlagitation machen und für die liberale Sache damit Anhänger zu werben suchen, daß sie den Gegnern vorwerfen, sie wollten den Ausländern gleiche Rechte in der Gemeinde einräumen. Die bayerischen Herren sollten sich doch überlegen, ob sie ihre Haltung in der Ausländerfrage aufrecht erhalten können angesichts der Stellungnahme ihrer Gesinnungsgenossen im Norden des Reiches, wo die Ausländerfrage zahlenmäßig eine ganz andere Rolle spielt als hier in dem durch die Fremdengesetzgebung unserer gegenwärtigen Regierung vor jedem Zuzug streng bewahrten Freistaat Bayern.

Die jüdische Volkspartei hat die Herbeiführung der Gleichberechtigung der ausländischen Juden bei allen Gemeinde- und Verbandswahlen als einen Hauptpunkt auf ihr Programm gesetzt. Sie kann nunmehr feststellen, daß sie damit eine Forderung erhebt, für welche die weitaus überwiegende Zahl der deutschen Judenheit eintritt und der nur ein kleiner Kreis der sogenannten „Liberalen" im Reich widerstrebt. Wer dafür sorgen will, daß der kleinliche engherzige Geist, der sich in innerjüdischen Dingen die Politik unserer Feinde zum Vorbild nimmt, zu herrschen aufhört, der wird am 13. März Gelegenheit haben, durch seine Stimmabgabe das seine dafür zu tun, indem er die Liste der jüdischen Volkspartei in Bayern abgibt. Est.

Verhandlungsbericht über den XV. Gemeindetag.

Kalischers Eröffnungsrede

Der Vorsitzende des D.-I. G.-B., Professor Dr. Kalischer, begrüßte die Delegierten. Es ist das Schicksal der Juden, von jedem historischen Ereignis in schwererem Maße betroffen zu werden, als die übrige Umwelt. Wir glaubten, daß der deutsche Antisemitismus von dem gemeinsam vergossenen Blute fortgespült werden würde. Das war die „große Täuschung", die wir erleben mußten. Wir Juden sind wiederum zum Sündenbock der Weltgeschichte geworden. Der Antisemitismus ist in wütender Form wieder aufgelebt und kämpft mit Lügen und Verleumdungen gegen unser Recht. Schon aus diesem Grunde müssen wir uns zusammenschließen zu einer Phalanx, an der alle Wogen zerschellen.

Aber unser Leid ist gering, wenn es an den Leiden unserer jüdischen Brüder im Osten gemessen wird, die schon im Kriege weit Schwereres zu leiden hatten als wir. Hunderttausende wurden hingemordet, Frauen geschändet, ihre Kinder getötet, Millionen in Jammer und Elend gestoßen, ohne daß die Mächtigen der Erde eingegriffen haben. In heißem Mitgefühl und unaussprechlicher Ergriffenheit denken wir jener Opfer aus unserem Blute. (Die Versammlung erhebt sich.) Tausende und Abertausende werden das Wanderschicksal der Juden auf sich nehmen und in die Fremde ziehen müssen — in einem Moment, in dem die Haupteinwanderungsländer ihre Pforten geschlossen haben. Der einzige Lichtblick in dem Grau der Not ist Palästina, das unter mächtigem Schutz sich vorbereitet, diese Massen aufzunehmen. Auf welchem Standpunkt man auch stehen mag: kein Jude, der noch jüdisch fühlt, kann gleichgültig an der einen Tatsache vorbeigehen, daß eine Heimstätte errichtet wird, wo unseren Brüdern die Möglichkeit gegeben wird, sich in der Sonne der Freiheit auf uraltem heiligen Boden eine Existenz zu schaffen, die ihrer Energie entspricht.

Als Kriegsfolge ist auch die Feier des 50jährigen Jubiläums des D.-I. G.-B. unterblieben. Diese Jubelfeier kann nachträglich nicht würdiger begangen werden als durch die Erweiterung und Krönung des alten Baues, durch die Erhebung des D.-I. G.-B. zur umfassenden öffentlich-rechtlichen Gesamtorganisation der deutschen Judenheit. Sie wird auf Freiwilligkeit beruhen. Wir werden uns selbst unsere Gesetze geben in der Erkenntnis, daß der Zusam-

menschluß aller Kräfte zur Erhaltung und Erstarkung des Judentums erforderlich ist. Auf breiter demokratischer Grundlage aufgebaut, wird sie uns gegen die Lockerung im Innern und gegen den Ansturm von außen sichern. Im Interesse des großen Werkes müssen alle Sonderwünsche zurückgestellt werden. (Anhaltender begeisterter Beifall.)

Das Hauptinteresse der Tagung konzentriert sich auf die Umänderung des D.I. G.-B. zur Gesamtorganisation des deutschen Judentums.

Das Referat über die Gesamtorganisation.

Dr. Ismar Freund, der Urheber des Verfassungsentwurfes, erstattet hierzu ein groß angelegtes Referat. Der Gedanke, eine Gesamtorganisation zu schaffen, ist in den deutschen Juden seit mehr als einem Jahrhundert lebendig. Mit dem deutschen Bunde wurde auch der D.-I. G.-B. gegründet, und der Gedanke, diese private Organisation zur öffentlichen zu erheben, hat ihren Gründern immer vorgeschwebt. Heute ist die Notwendigkeit stärker als je hervorgetreten, begründet durch die Veränderung in der Siedlung der Juden, ihrer veränderten Stellung im Volke und im deutschen Rechts- und Verfassungsleben. Die Weltumwälzung hat auch das deutsche Judentum schwer betroffen. Die Gesamtorganisation ist nicht nur eine Lebensfrage für die Kleingemeinden, sondern auch für die größten geworden, wie z. B. für Berlin, das mit großen Sorgen Deckung für die materiellen Forderungen des Tages suchen muß. Die finanziellen Grundlagen des gesamten Judentums sind erschüttert. Nur Sparsamkeit und strenge Ökonomie der Kräfte, intensive — an Stelle der bisherigen extensiven — Arbeit muß durch den Zusammenschluß erreicht werden. Neben der finanziellen Zukunft muß für die geistige Zukunft Sorge getragen werden. Um der jüdischen Jugend und unserer Zukunft willen müssen endlich alle geistigen, sittlichen und kulturellen Kräfte zusammengefaßt werden. Aber auch die bitterernste Frage des Antisemitismus zwingt uns zum Zusammenschluß. Im deutschen Volke gärt ein so wilder Haß gegen die jüdischen Mitbürger, wie er seit den finstersten Tagen des Mittelalters nicht zu verzeichnen war. Die inneren Kämpfe des deutschen Volkes werden sich auch weiter auf unserem Rücken abspielen. Das bedeutet für uns einen Kampf auf Leben und Tod um unsere soziale und rechtliche Geltung in Deutschland, und dieser Kampf ist nur in geschlossener Phalanx zu führen.

Heute gilt es, zunächst einen Rohbau zu schaffen, dessen Ausgestaltung der gemeinsamen Arbeit überlassen werden muß. Die in der ganzen jüdischen Welt vorhandene Kongreßbewegung oder das Streben nach einer jüdischen Gesamtvertretung entspricht der tiefgefühlten Notwendigkeit nach einer Stelle, wo alle Klagen vorgebracht und alle Kräfte gesammelt werden können. Die neue Organisation muß alle jüdischen Interessen repräsentieren. Da es sich um eine Körperschaft des öffentlichen deutschen Rechts handelt, können nur die Interessen der deutschen Juden vertreten werden, aber die Interessen der deutschen Judenheit haben bisher nie an Landesgrenzen aufgehört und werden es auch in Zukunft nicht tun. In der Sorge um die Finanzgebarung werden die kleinen und die großen Gemeinden sich die Hand reichen müssen.

Die Ausländerfrage kann nicht übergangen werden. Der Bund ist die Repräsentanz einer Religionsgemeinschaft. Für eine Religionsgemeinde aber müssen die Grenzfragen ohne Bedeutung sein. Jeder in Deutschland wohnende Jude muß das Recht haben, zu diesem Bunde zu wählen. Das wird manchen hier vertretenen Kreisen aus verschiedenen Gründen unangenehm sein. Es gilt aber, den Blick auf das Ganze zu richten; da die Autonomie der Gemeinden erhalten bleibt, ist die Gefahr begrenzt.

Die Generaldebatte.

Dr. Alfred Klee-Berlin

gab im Namen seiner Freunde der Genugtuung Ausdruck, daß die jahrelangen Vorarbeiten bis zur Realisation gediehen sind. Der Entwurf entkräftet viele Bedenken, die gegen seine Vorgänger erhoben wurden. Die Zionisten haben deshalb große Opfer gebracht und im Interesse der Einheit schweren Herzens auf den vorzüglichen Entwurf von Viktor-Hamburg verzichtet. Wenn der Geist der neuen Organisation derselbe Geist sein wird, der aus den Eröffnungsworten des Vorsitzenden sprach, dann eröffnet sich dem neuen Bunde eine gewaltige Perspektive. Hierauf brachte der Redner eine Anzahl Wünsche vor. Er möchte den § 1: „Der Bund bezweckt die Zusammenfassung aller Kräfte im deutschen Judentum zur Pflege der gesamten jüdischen Interessen" in dieser vom Gemeindebund vorgeschlagenen Fassung erhalten wissen, im Gegensatz zu einem Antrage der Berliner jüdischen Gemeinde, welcher eine Begrenzung „der gesamten jüdischen Interessen" auf die innerdeutschen jüdischen Interessen vorsieht. Diese Einschränkung raubt dem Verbande große Möglichkeiten. So z. B. könnte er dadurch von der Mitarbeit am Aufbau Palästinas ausgeschlossen werden. Palästina ist heute keine zionistische Angelegenheit mehr, sondern eine Sache des gesamten Judentums der ganzen Welt, die auch jeden deutschen Juden angeht. Wir erwarten die intensive Mitarbeit der deutschen Judenheit. (Lebhafter Beifall.) Die Autonomie der Gemeinden soll selbstverständlich in allen Gewissensfragen, in Kultus, Unterricht und Wohlfahrtswesen erhalten bleiben, dagegen muß der Bund einen Einfluß auf die Verfassung der Bundesgemeinden zur Herbeiführung eines modernen Wahlrechts ausüben; es geht heute nicht mehr an, eine Richtung in der Gemeinde mit roher Gewalt auszuschalten. (Protestrufe.) Wir fordern also: 1. Jedes jüdische Interesse gehört vor die Gesamtorganisation; 2. eine absolut demokratische Verfassung; den sicheren Schutz aller Minoritäten. Diese Forderung gewährleistet der Entwurf, auf dessen Boden wir uns stellen. (Lebhafter Beifall.)

Leopold Badt-Berlin: Die Fassung des § 1 ist ein Angelpunkt für die Verhandlungen geworden. Der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde wünscht den Aufgabenkreis des Bundes auf Deutschland zu beschränken, ohne sich engherzig an die Grenzen zu halten. Der Bund hat in erster Linie die Aufgabe, innerhalb Deutschlands zu wirken. Die Demokratisierung des Wahlrechts in den Einzelgemeinden mag wünschenswert sein, doch darf der Bund nicht in die Rechte der Einzelgemeinden eingreifen. Der Redner bittet deshalb die Zionisten, auf diese Forderung zu verzichten.

Justizrat Baerwald-Frankfurt a. M. erklärt die Bereitschaft seiner Gemeinde zur Mitarbeit und stellt folgende Grundsätze auf: 1. Sicherung der Autonomie der Gemeinden; 2. Mitarbeit aller Juden in Deutschland, auch der jüdischen Auslän-

der. Die Fassung des § 1 ist belanglos, weil stets die Majorität des Bundestages die Entscheidung haben wird.

Oberlandesgerichtsrat Neumayer-München begrüßt als Vertreter der Gesamtorganisation der jüdischen Gemeinden in Bayern den Bundestag. Die bayerische Landesorganisation ist bereit, sich dem Reichsverbande anzuschließen.

Rabbiner Pinchas Cohn erklärt namens des Bundes der gesetzestreuen Gemeinden Deutschlands dessen Bereitwilligkeit, an den gemeinsamen Interessen der deutschen Juden und an allgemein jüdischen Angelegenheiten ohne jede territoriale Begrenzung von Fall zu Fall mitzuarbeiten, allerdings ohne seine Selbständigkeit aufzugeben.

Rechtsanwalt Heinrich Stern-Berlin, der im Namen des religiösen Liberalismus spricht, betont, daß nachdem die Nationaljuden ihre Zustimmung erklärt haben, und die Orthodoxie unter gewissen Kautelen zum Beitritt bereit ist, die Liberalen mit ehrlichem Willen an die Arbeit herantreten werden.

Gesamte oder nur deutsche jüdische Interessen?

Professor Stein-Berlin tritt für die erweiterte Fassung des § 1 ein. Wenn die Tätigkeit des Bundes ausschließlich auf die deutschen Interessen beschränkt wird, so wird die Verbindung mit den 200 Gemeinden in den abgetrennten Gebieten unterbrochen. Der Partikularismus, unter dem das Judentum seit Jahrtausenden gelitten hat, muß endlich verschwinden. Uns alle verbindet das Universelle im Judentum. Hier darf keine Parteipolitik, sondern lediglich die Sache des gesamten Judentums betrieben werden.

Amtsgerichtsrat Wolff-Berlin bezeichnet als Hauptzweck der Gesamtorganisation die Zusammenfassung des deutschen Judentums zu seiner eigenen Stärkung. Die innerdeutschen Aufgaben sind so groß, daß sie den Bund vollauf beschäftigen. Die engere Fassung schließt auch keineswegs die Beschäftigung mit außerdeutschen Fragen aus. Keinesfalls aber darf der Bund für irgendwelche jüdischen Interessen eintreten, die keine Bindung mit dem deutschen Judentum haben. (Beifalls- und Mißfallsäußerungen.)

Für den Ausschuß erklärt Dr. Freund, daß der Abänderungsvorschlag der Berliner jüdischen Gemeinde ohne schwerwiegende sachliche Bedeutung ist. Da die Gemeinde Berlin ihren Beitritt jedoch von der Annahme ihres Antrages abhängig gemacht hat, und die Gesamtorganisation ohne Berlin nicht zustande kommen kann, bittet der Ausschuß, den Berliner Entwurf anzunehmen.

Dr. Aron Sandler-Berlin teilt zu den Ausführungen von Amtsgerichtsrat Wolff ergänzend mit, daß alle Parteien in der Berliner Gemeindeverwaltung bis vor wenigen Wochen für die erweiterte Fassung des § 1 eingetreten sind. Erst in neuerer Zeit wurde von antizionistisch interessierter Seite gegen die großzügigere Fassung geltend gemacht, daß dieselbe sich dem zionistischen Standpunkt nähere. Maßgebend muß der Gedanke der jüdischen Gesamtheit sein. Wer dieser dienen will, muß ehrlich für die weitere Fassung eintreten.

Die Debatte wird geschlossen. — Die Abstimmung ergibt 694 Stimmen für die begrenzte, 331 Stimmen für die erweiterte Fassung des § 1, der nunmehr folgenden Wortlaut hat: „Der Bund bezweckt die Zusammenfassung aller Kräfte im deutschen Judentum zur Pflege seiner gesamten Interessen."

Das Ausländerwahlrecht.

Komm.-Rat Ladewig-Chemnitz erklärt, daß der Gedanke der Gesamtorganisation in Sachsen freudig aufgenommen wird. Eine große Anzahl sächsischer Gemeinden hat jedoch schwere Bedenken gegen den § 10, welcher das Wahlrecht allen volljährigen Gemeindemitgliedern ohne Rücksicht auf ihre Staatszugehörigkeit zubilligt. In Sachsen besteht das eigentümliche Verhältnis, daß die Mehrheit der Juden Ausländer sind, denen die sächsischen Gemeinden keinesfalls das Wahlrecht geben wollen. Sie haben das Wahlrecht geändert, um den deutschen Juden die Majorität in den jüdischen Gemeinden zu erhalten. (Beifall und stürmischer Protest.)

Für den Ausschuß erklärt Dr. Freund, daß die Verhältnisse in Sachsen besonders liegen mögen, daß diese Frage aber nicht vom lokalen, sondern vom allgemeinen Standpunkt aus angesehen werden muß. Die Autonomie der lokalen Gemeinden bleibt erhalten; das Wahlrecht zum Bundestag muß jedoch ein freiheitliches sein, weil ein religiöser Verband keine Staatsunterschiede machen kann. Auch die Berliner Gemeinde, in der die Verhältnisse auch nicht rosig sind, ist einmütig für das gleiche Wahlrecht zum Bundestag eingetreten. Juden dürfen keinen Unterschied zwischen Juden machen. Auch die katholische und protestantische Kirche kennt keinen Unterschied zwischen Inländern und Ausländern.

Schocken-Zwickau schildert die sächsischen Verhältnisse anders als der Vorredner. Die Entziehung des Wahlrechts der Ostjuden hat viel böses Blut gemacht. Der sächsische Antrag sei nur von einer kleinen Zahl von Gemeinden unterschrieben und deshalb für die Gesamtorganisation nicht bindend.

Dr. Aron Sandler-Berlin betont, daß die Ostjuden das Kraftreservoir des deutschen Judentums sind, ohne das die deutsche Judenschaft verschwinden werde, die auch geistig auf die Ostjuden angewiesen ist. Das deutsche Judentum hat nur Sinn als Teil der Gesamtjudenheit. Die Zionisten haben das Beispiel der großen Selbstbescheidenheit in großen Fragen gegeben. Nur

wenn alle Parteien diesem Beispiele folgen, kann der Zusammenschluß erfolgen. Wenn die deutsche Judenheit einen Unterschied zwischen deutschen und nichtdeutschen Juden macht, liefert sie nur dem Antisemitismus die Waffen.

Rabbiner Dr. de Haas erklärt, daß die Gesetzestreuen unter keinen Umständen eine Unterscheidung zwischen Ausländern und Inländern zulassen würden.

Der Antrag der sächsischen Gemeinden wird abgelehnt.

Einem Antrage des Justizrats Dr. Blau-Frankfurt a. Main folgend, erhält der § 10 folgende Fassung: „Wahlberechtigt und wählbar zum Bundestag sind alle volljährigen, in Deutschland wohnhaften Juden, die mindestens ein Jahr vor Auslegung der Wählerliste in einer Bundesgemeinde gewohnt haben."

Die Zusammensetzung des Rates.

Es folgte eine Debatte der Orthodoxen über das Frauenwahlrecht. Eine Reihe von Abänderungsanträgen liegt zum § 20 vor, welcher die Zusammensetzung des „Rates" regelt. Es wird beschlossen, außer den drei Rabbinern auch zwei von dem Lehrerverband zu wählenden Lehrern Sitz und Stimme im Rat zu geben.

Die Gesamtorganisation beschlossen

In feierlicher Stimmung leitet Professor Dr. Kalischer die Abstimmung über die Frage, ob der D.-I. G.-B. zur Gesamtorganisation der deutschen Juden umgewandelt werden soll, ein. Unter jubelndem Beifall und andauerndem Händeklatschen fällt die Entscheidung: Der Gemeindebund wird Träger der neuen Gesamtorganisation des deutschen Judentums. — Professor Dr. Kalischer dankt den Teilnehmern im Namen des Judentums für ihre Entscheidung. Der heutige Tag wird mit ehernen Griffeln eingeschrieben werden in die Geschichte des Judentums.

Nach den nunmehr erfolgenden Ausschußwahlen (aus Süddeutschland wurden die Herren Justizrat Held-Nürnberg, Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumayer-München, Dr. Lappmann-Stuttgart und Jakob Straus-Karlsruhe in den Ausschuß gewählt) weist Dr. Klee in einer kurzen Ansprache auf die geschichtliche Bedeutung des Augenblicks hin. Er hofft, daß dieser Moment reiche Früchte tragen wird, nicht nur für das deutsche Judentum, sondern für die Judenheit der gesamten Welt. In der ganzen Welt gibt es keinen Gemeindebund, der so wie der heute geborene, aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht hervorgegangen ist. Diese Tatsache ist das Werk Professor Kalischers, dem hierfür der Dank der Judenheit gebührt. Herzlichen Dank hat sich auch Herr Dr. Freund, der Verfasser des Entwurfs, verdient. Der heutige Tag hat das Lebenswerk Professor Kalischers gekrönt, dem das Judentum der ganzen Welt in dieser Stunde danken muß — in einer Stunde, die seinen Namen der jüdischen Geschichte einverleibt. (Brausender Beifall.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Jüdische Berufsberatungsstelle Nürnberg.

In Nürnberg hat sich eine Berufsberatungsstelle für Chaluzim gebildet. Dieselbe will gleichzeitig Lehr- und Praktikantenstellen, sowie sonstige Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für reichsdeutsche Chaluzim vermitteln. Wir bitten daher dringend, alle für derartige Zwecke in Betracht kommenden Stellen in Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft und Gartenbau (Bau- und verwandte Gewerbe; Maschinenindustrie und Hilfsgewerbe, Gewerbe des täglichen Bedarfs, wie Schreinerei, Zimmerei, Schlosserei, Schmiede usw.) an untenstehende Adresse mitzuteilen. Dabei wird gebeten, die Ausstellungs- und Arbeitsbedingungen gleichzeitig bekanntzugeben.

Speziell sind augenblicklich erwünscht: Eine Praktikantenstelle in einem größeren Sägewerk, sowie mehrere Stellen in der Landwirtschaft, an denen bereits erfahrene Landwirte tätig sein können. Ferner wird noch Wert gelegt auf Ausbildungsmöglichkeit in Milchwirtschaft und Obstbau.

Adresse: Dipl.-Ing. Martin G o l d s c h m i d t, Nürnberg, Köhnstraße 54/III.

München. Die Verwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde erließ für Dienstag, den 1. Februar, eine Einladung an alle Gemeindemitglieder zu einer Versammlung, in welcher Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. N e u m e y e r über die V e r f a s-

sung des bayerischen Verbandes und der Gemeinde zu referieren bereit war. Man hätte glauben sollen, daß die Ankündigung eines Vortrages des verdienstvollen Vaters des Verbandes genügen würde, um zahlreiche Besucher heranzuziehen; leider war dies nicht der Fall. Der Indifferentismus weiter Kreise der Münchner Juden hat auch hier, wie schon so oft, wieder gezeigt, wie wenig Interesse dieser so wichtigen Frage beigelegt wird; die Entschuldigung, welche der Vorsitzende der Versammlung vorbrachte, daß eine neutrale Versammlung nicht so viel Interesse hervorrufe, klang angesichts der Bedeutung des Gegenstandes recht merkwürdig. Es waren ganze 100 Personen anwesend, als der Referent seinen Vortrag begann, einen Vortrag, der während zweier Stunden in klarer, formvollendeter und instruktiver Weise die ganze Materie darlegte. Der lebhafte Beifall, welcher dem Redner am Schlusse seiner Ausführungen gezollt wurde, läßt der Hoffnung Raum geben, daß die Anwesenden sich der Wichtigkeit der Sache bewußt waren und dem warmen Appell desselben, in allen Kreisen für eine rege Beteiligung an der Wahl zu werben, auch Folge leisten werden. — J. F.

Zionistische Ortsgruppe München. Am Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr findet in den Räumen des K. J. V., Bayerstr. 67, die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Bericht-Erstattung des Vorsitzenden,
2. Kassenbericht,
3. Entlastung des Vorstandes und Kassiers,
4. Anträge.

Wir bitten unsere Mitglieder um vollzähliges Erscheinen.

Blau-Weiß München. 2. Zug Fahrt: Treffpunkt 8.30 Uhr Ostfriedhof (Billet nach Grünwald). 4. Zug Fahrt: Treffpunkt 9 Uhr Moosacher Friedhof (Endpunkt Linie 4). 3. Zug: Sonntag 8.30 Uhr Stachus, Billet nach Pasing. 2. u. 4. Zug: Heimabende Samstag 4 Uhr für Jüngere, 5.30 Uhr für Ältere. Turnen Mittwoch 6 Uhr. Bibliothekstunde Donnerstag 6.30—7.30 Uhr.

Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß Nürnberg. Zweiter Zug. Führer: Martin Goldschmidt, Köhnstraße 54 und Seppel Freudenthal, Dietzstraße 1. 6. Febr.: Frühzug 7.15 Uhr Hauptbahnhof, Nachmittagszug 2 Uhr Rangierbahnhof. 13. Febr. Frühzug 8.30 Uhr Waldlust. Nachmittagszug 2 Uhr Rangierbahnhof. 20. Febr.: Frühzug 8.30 Uhr Schweinau. Nachmittagszug 2 Uhr Schweinau. 27. Febr. Frühzug 7.30 Uhr Hauptbahnhof. Nachmittagszug 2 Uhr Schweinau. Heimabende für Ältere Dienstag 8 Uhr bei Blum, Allersbergerstraße 43, für Jüngere Samstags 4 Uhr bei Gutmann, Köhnstraße 49.

Bar-Kochba Nürnberg. Neuregelung. Es turnen sämtliche Abteilungen in der Turnhalle des Männerturnvereins, Landgrabenstraße 140, und zwar jeweils Mittwoch von 5—5.45 Uhr Knabenabteilung (Leiter: Herr Lehrer Bernheim), 5.45 bis 6.30 Uhr Mädchenabteilung (Leiter: Turnlehrerin Frl. Meikler), 6.30—8 Uhr Damenabteilung (Leiter: Turnlehrerin Frl. Meikler), 8—9.30 Uhr Männerabteilung (Leiter: Herr Kolb). Die Abteilungen haben pünktlich an- und abzutreten. Die Knaben- und Männerabteilung benützt den Ankleideraum I, die Mädchen- u. Damenabt. den Ankleideraum II. Kinderabteilungen. In der Knaben- und Mädchenabteilung werden Kinder im Alter von 6—14 Jahren aufgenommen und werden in ihrem Alter entsprechende Riegen eingeteilt. Die Eltern der Knaben und Mädchen zahlen an die Kasse des Vereins ein Jahreshonorar von 36 Mk., ohne Rücksicht auf die Anzahl der Kinder, die sie in eine oder beide Abteilungen geben. Anmeldungen werden entgegengenommen: in der Turnhalle jeweils eine Viertelstunde vor Beginn des Turnens, von A. Körösi, Marientorgraben 5, Tel. 972, und von Irma Neu, Tel. 9226. Wir bitten Eltern von Kindern im vorgenannten Alter auf das am Mittwoch, den 20. cr., beginnende Kinderturnen aufmerksam zu machen.

Spendenausweis

Münchner Spendenausweis.

Goldenes Buch Alice Sachs, München: Aus dem Münchner Spendenbuch: Gesammelt bei der Barmizwah-Feier von Heinrich Lamm 363.—; die Vorstandschaft des Jüdisch. Frauenvereins dankt Fam. Hohenberger u. grat. zur Verlobung Hohenberger-Blitz 5.—; Familie N. Horn grat. z. Vermählung Botie-Pariser 10.—; Jacob Reich grat. Fam. Blumenberg z. Tochter 5.—.

Leo u. Mathilde Niclas, sel. Ang., Ulm a. D.: F. N. dankt J. St. 10.—.

Aus dem Münchner Spendenbuch: Norma u. Benzion Ascher danken für die Glückwünsche anläßlich d. Geburt ihres Sohnes 50.—; Isidor Scheinmann anl. der Geburt seines Sohnes 50.—.

Münchner Ölbaum-Garten: Cilly Lamm anl. des ersten Geburtstages von Leo Reiter, Sohn des Herrn Karl Reiter, Buttenwiesen 1 B. 25.—.

Büchsenleerungen: K.J.V.er-Büchsen: Simon Baer 26.85; Ludwig Wind 32.10; Ludwig Conitzer 9.—; Willy Dreifuß 46.25; Kurt Meyer 10.50. B.Z.K.er-Büchsen: Marx 26.—; Kalitzki 20.—; Freundlich 8.—; Goldschmidt 8.—; Neufeld 8.—. Geleert in Kempten durch Anna Riegler: M. Scheinmann 20.—; B. Riegler 105.—; F. Singer 13.—; Max Scherr 23.—.

Gesamt-Ausschuß der Ostjuden in München. J. Eisen 100.—; Turnheim 100.—; Samml. Hochzeit Bothie-Pariser 271.—; J. Tannenzapf 300.—; S. Gostinski 30.—; H. Lewin 25.—; L. Perzin 35.—; S. Weiß 100.—; Singer 25.—; S. Goldfarb 50.—; Halpern 20.—; Weißbarth 40.—; Bothie 170.—; Halpern 10.—; M. Nußbaum 20.—; J. Jolles 25.—; Schaffer 25.—; S. L. Iram 10.—; Bernstein 5.—; Vergleich Wunder/Natowitz 200.—.

Danksagung

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unserer heißgeliebten Mutter

Frau Lina Kupfer

Privatlehrerswitwe

sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen

MÜNCHEN, Müllerstraße 25 4. Februar 1921

Herr und Frau B. STEINLAUF geben sich die Ehre Ihre Bekannten und Freunde zu der am שק פימשפטים, 5. Februar in der Synagoge, Ohel Jakob, Herzog Rudolfstraße stattfindenden

בר-מצוה Feier

ihres Sohnes **Wilhelm** höfl. einzuladen

12½ Uhr דרשה

München, Februar 1921 Brunnstraße 12/I

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten, sagen wir auf diesem Wege, herzlichsten Dank

Isak Pariser und Frau Selma

geb. Botie

Stuttgart

Jüdischer Turn- und Sportverein „Bar-Kochba" München

Donnerstag, den 10. Februar 1921 abends ½8 Uhr findet im **Hotel Wolff, Arnulfstr. 4** die

ordentl. Generalversammlung

statt

Tagesordnung:

I. Bericht des Vorstandes und der Abteilungen
II. Bericht des Kassiers
III. Aussprache und Entlastung
IV. Neuwahlen
V. Antrag: Beitragserhöhung
V. Sonstige Anträge

Die Vorstandschaft

SAMSTAG, DEN 12. FEBRUAR 1921, ABENDS 8 UHR
im großen Saale des Hotel
Bayer. Hof, Promenadeplatz

ALLGEMEINE JÜDISCHE WÄHLERVERSAMMLUNG

Referenten:
die Herren Kommerzienrat Siegmund Fraenkel,
Dr. Elias Straus und Jakob Reich
über

ZERFALL ODER ERNEUERUNG

VORANZEIGE

Sonntag, den 27. Februar abds. 8 Uhr
Die jüdische Volksschule
Referent: Schulleiter Dr. J. Bamberger, Nürnberg

Donnerstag, den 3. März abends 8 Uhr
Die Aufgaben der deutschen Juden
Ref.: Dr. Alfred Klee, Berlin

Samstag, den 12. März abds. 8 Uhr
Vor der Entscheidung
Ansprachen der Kandidaten der „Jüdischen Volkspartei in Bayern"

Sämtliche Versammlungen finden im großen Saal des **Hotel „Bayerischer Hof"**, Promenadeplatz statt
Jeder Jude und jede Jüdin ist willkommen
Freie Aussprache

Jüdische Volkspartei in Bayern
Ortsausschuß München.

Unter Aufsicht der Ritual-Kommission der israel. Gemeinde Frankf. a. M. (Rabbiner Dr. Nobel)

כשר

Sera

„Vom Besten minnich — das Beste“

„SERA“-Fleischbrühwürfel

Dosen mit 200, 500 und 1000 Stück — Ladenpreis per Würfel 15 Pfg.

„SERA“-Kraftextrakt

echtem Fleischextrakt ebenwertig

„SERA“-Suppenwürze

Original-Flaschen 250 gr., für Restaurants Flaschen á 1400 gr.

Zu beziehen durch die Geschäfte. — Wo nicht erhältlich erbitte Anfrage

EDMUND GRÜNEWALD / FRANKFURT a. M. / SCHILLERPLATZ 5-7

MAX CAMMERLOHER

Fernruf 25531 / MÜNCHEN / Residenzstr. 23

Lebensmittel

Feinkost Stadtküche

Die

Münchener Zeitung

mit der Wochenschrift „DIE PROPYLÄEN“

empfiehlt sich für alle Familien- und Geschäfts-Anzeigen

Tägliche Auflage über 100000 Exemplare.

Größte Platzverbreitung.

Haupt-Expedition: Bayerstraße 57—59. Fernsprecher: 50501—50509.

MACHOLL

Weinbrand und Liköre

MÜNCHEN

ZAHNPRAXIS

B. OTTILINGER, MÜNCHEN

Im Kaufh. Horn (Gg. KRIEGERS NACHF.) Karlsplatz 23/II

Neues künstl. Gebiss

mit vorteilhafter Verbesserung

Patentamtlich geschützt Eigenes DRPa.

Im Gebrauch unzerbrechlich / Federleicht / Hygienisch

Große Saugkraft / Geschmacklos / Ungewöhnlich dünn

Viele Anerkennungschreiben aus allen Kreisen

Sprechstunde: 9—12 u. 2—6 Uhr, Sonntag 10—12. Tel. 54750

Frau Tony Gotsch

Ehevermittlung

München-Gern, Klugstrasse 30/o, Linie 4

Schriftliche Auskunft nur gegen Freicouvert

Persönlich anzutreffen: Wochentags 12—7, Sonntags 10—6 Uhr

HOFMANN & WECHSLER

Bankgeschäft

Dienerstr. 21 / Telefon 21498

Promte Ausführung von Börsenaufträgen für alle Börsenplätze Deutschlands, Handel in Devisen und Sorten, kulantoste Verwertung ausländischer Coupons.

VIKTORIA-THEATER

Lindwurmstraße 25 / Telefon 55398

Esther Carena, die spanische Schönheit in dem Zirkus-Sensations-Film in 6 Akten

Manegenrausch

Ferner:

Armer kleiner Pierrot

Drama in 2 Akten

GASTEIG-LICHTSPIELE

Preysingstraße 2 / Telefon 41040

5.—8. Februar

Harry Piel

Der Verächter des Todes

Großes Abenteuer eines Vielgesuchten in 6 Riesenakten

Sensation auf Sensation wie selten geboten wird

Großes Konzert

ISARIA-THEATER

Baldeplatz

Der geheimnisvolle Steinbruch

I. Teil: „Der Nachtreiter“

Kriminaldrama in 5 Akten

Ferner:

„Und vergib uns unsere Schuld“

Lebensdrama in 4 Akten

LINDWURMHOF-LICHTSPIELE

Lindwurmstraße 88 / Telefon 7923

„Die 7 Gesichter“

Kriminaldrama in 5 Akten mit Erika Gläßner

Ferner:

„Das Haus ohne Fenster“

Ein Drama aus dem Tagebuch des berühmten Cherlok Holmes

Moderne

Küchen-Einrichtungen

in gediegener preiswerter Ausführung

Eduard Rau

Schüssel's Küchen- und Wirtschaft-Einrichtungs-Magazin

München

Kaufingerstr. 9 Passage Schüssel

Verantwortlich für die Redaktion: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.